

**Einfache Anfrage Gilli-Wil / Denoth-St.Gallen:
«Den Bogen überspannt**

Wie weit darf Wahlpropaganda gehen? Insbesondere die Wahlplakate der SVP stehen in den Schlagzeilen. Es beginnt mit dem Plakat mit den weissen Schafen und einem schwarzen Schaf. Schwarze Schafe sollen in unserer Gesellschaft nicht geduldet werden. Wer sind sie, die schwarzen Schafe? Die dunkelhäutigen Mitmenschen anderer Ethnien oder Andersdenkende? Die Kriminellen sagt die SVP. Sind es rassistische Phantasien, die dieses Plakat weckt, oder sind es berechnete Forderungen nach einer unbeugsamen Rechtssprechung? Das nächste Plakat folgt: Eines der weissen Schafe liegt auf dem Rücken mit einem Messer in der Brust. Ein deutlicher Schritt näher zur Grenzüberschreitung; Richtung Straftatbestand. Schliesslich haben wir ein Strafgesetz in der Schweiz, an das wir uns alle zu halten haben – getreu den Forderungen der SVP nach einer konsequenten Anwendung der Rechtsordnung. Im nächsten Schritt, im (inzwischen im Internet gerichtlich abgeschalteten) Videoclip, folgt Klartext: Himmel und Hölle. In die Hölle mit allen Andersdenkenden. Zu ihnen gehören friedliche ausländische Familien, aber auch anders denkende Politikerinnen und Politiker. Sie sind also die schwarzen Schafe in der Schweiz. In Einzelgesprächen gehen einzelne SVP-Politiker noch weiter und bezeichnen ihre Partei als die einzig wählbare. Gleiche Kampagnen führten und führen Regimes, welche Schritt für Schritt demokratische Grundrechte aushebeln, Andersdenkende kriminalisieren oder diskriminieren und Angst schüren. Wenn dieser Entwicklung nicht von Anfang an bestimmt entgegnet wird, endet sie in einer gesellschaftlichen und menschlichen Tragödie. Das lehrt uns auch die europäische Geschichte.

Spürbar sind die Auswirkungen mangelnder sachbezogener Politikultur in der Schweiz bereits; denn wo extreme Positionen mit Schwarz-Weiss-Bildern und undifferenzierten Unterstellungen gelebt werden, rufen sie extreme Gegenpositionen hervor. Menschen in der Öffentlichkeit haben eine Vorbildfunktion. Ihr Verhalten wird kopiert, auch von unserer Jugend. Es ist deshalb wichtig, auch in der Politik eine Gesprächs- und Konfliktkultur zu pflegen, die der Schweiz mit ihrer hoch entwickelten Demokratie würdig ist.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Prüft sie juristische Möglichkeiten, die rassistische Plakat- und Inseratenkampagne zu stoppen?
2. Ist die Regierung bereit, sich öffentlich von dieser Kampagne zu distanzieren?
3. Wird die Regierung angesichts der aktuellen Dringlichkeit die hängige Interpellation 51.07.23 «Ein klares Ja zu Respekt, Anstand und Würde» beförderlich beantworten?
4. Ist die Regierung auch der Auffassung, dass Personen in der Öffentlichkeit, insbesondere aber solche in der Legislative und der Exekutive in allen Belangen eine Vorbildfunktion ausüben sollten?»

24. September 2007

Gilli-Wil
Denoth-St.Gallen